S 3 AS 519/17

Sozialgerichtsbarkeit Bundesrepublik Deutschland

Land	Bundesrepublik Deutschland
Sozialgericht	Bundessozialgericht
Sachgebiet	Grundsicherung für Arbeitsuchende
Abteilung	-
Kategorie	Urteil
Bemerkung	-
Rechtskraft	-
Deskriptoren	Sozialgerichtliches Verfahren – Rücknahmestreit über Beendigung eines Klageverfahrens (hier: durch Klagerücknahmefiktion) – Zulassungsbedürftigkeit der Berufung – Revision ohne Sachantrag – Zulässigkeit – Prozessentscheidung des Berufungsgerichts
Leitsätze	Eine Berufung ist bei Vorliegen der sonstigen Voraussetzungen auch dann zulassungsbedürftig, wenn im sogenannten Rücknahme- oder Erledigungsstreit darüber gestritten wird, ob das Verfahren (hier: durch Klagerücknahmefiktion) beendet ist.
Normenkette	SGG § 144 Abs 1 S 1 Nr 1; SGG § 102 Abs 1; SGG § 102 Abs 2; SGG § 102 Abs 3 S 1; SGG § 102 Abs 3 S 2; SGG § 105 Abs 1 S 3; SGG § 105 Abs 2; SGG § 160; GG Art 19 Abs 4 S 1

1. Instanz

Aktenzeichen	S 3 AS 519/17
Datum	02.01.2018

2. Instanz

Aktenzeichen	L 15 AS 177/18
Datum	09.07.2019

3. Instanz

Datum	19.03.2020

Â

Die Revision des KlÃ¤gers gegen das Urteil des Bayerischen Landessozialgerichts vom 9. Juli 2019 wird zurÃ¼ckgewiesen. Die Beteiligten haben einander auÃergerichtliche Kosten auch fÃ¼r das Revisionsverfahren nicht zu erstatten.

GrÃ¼nde:

I

1

Das Revisionsverfahren betrifft die Frage, ob im RÃ¼cknahmestreit nach einer KlagerÃ¼cknahmefiktion die ZulÃ¤ssigkeit der Berufung den BeschrÃ¤nkungen des Â§ 144 Abs 1 SGG unterliegt.

2

Der KlÃ¤ger beantragte am 5.7.2016 beim Beklagten die Weiterbewilligung von Leistungen der Grundsicherung fÃ¼r Arbeitsuchende nach dem SGB II und machte dabei als Kosten der Unterkunft und Heizung (KdU) einen monatlichen Betrag von 363,67 Euro geltend. Der Beklagte bewilligte ihm vorlÃ¤ufig Leistungen fÃ¼r Juli bis Dezember 2016 (Bescheid vom 16.9.2016; Widerspruchsbescheid vom 5.12.2016), unter anderem Leistungen fÃ¼r Unterkunft und Heizung in HÃ¶he von monatlich 314,30 Euro (Juli und August 2016) bzw monatlich 340,30 Euro (September bis Dezember 2016).

3

Der KlÃ¤ger hat beim SG Klage erhoben mit dem Ziel der Verurteilung des Beklagten zur GewÃ¤hrung der KdU in tatsÃ¤chlicher HÃ¶he (Differenz zum bewilligten Betrag insgesamt: 192,22 Euro). Nach vorheriger Betreibensaufforderung hat das SG den Beteiligten mit VerfÃ¼gung vom 29.8.2017 mitgeteilt, dass die Klage als zurÃ¼ckgenommen gelte, weil der BevollmÃ¤chtigte des KlÃ¤gers das Verfahren trotz Aufforderung des Gerichts lÃ¤nger als drei Monate nicht betrieben habe.

4

Am 2.10.2017 hat der KlÃ¤ger die â□□Wiederaufnahmeâ□□ und FortfÃ¼hrung des Verfahrens beantragt. Das SG hat daraufhin festgestellt, dass das ursprÃ¼ngliche Verfahren durch fingierte KlagerÃ¼cknahme erledigt sei (Gerichtsbescheid vom 2.1.2018). Das SG hat in den EntscheidungsgrÃ¼nden ausgefÃ¼hrt, dass die Berufung nicht ausgeschlossen sei, selbst wenn sie im ursprÃ¼nglichen Verfahren nicht zulassungsfrei gewesen wÃ¤re. Im RÃ¼cknahmestreit sei nur streitgegenstÃ¤ndlich, ob sich das ursprÃ¼ngliche Verfahren durch KlagerÃ¼cknahme erledigt habe. Dies stelle keinen bezifferbaren Wert des Beschwerdegegenstandes iS des Â§ 144 Abs 1 Satz 1 SGG dar. Der Gerichtsbescheid hat Ã¼ber das Rechtsmittel der Berufung belehrt.

5

Das LSG hat die Berufung des KlÃ¤gers als unzulÃ¤ssig verworfen (Urteil vom 9.7.2019). Auch der RÃ¼cknahmestreit unterliege den BeschrÃ¤nkungen des Â§

144 Abs 1 SGG. Der Wert des Beschwerdegegenstandes entspreche dem â□□Gegenstandswertâ□□ des ursprÃ¼nglichen Verfahrens, der 192,22 Euro betragen habe. Die Berufung sei weder vom SG noch vom LSG zugelassen worden.

6

Mit seiner vom LSG zugelassenen Revision rÃ¼gt der KlÃ¤ger eine Verletzung von Â§ 143 SGG. Das LSG habe den Ausnahmetatbestand des Â§ 144 Abs 1 Satz 1 Nr 1 SGG zu Unrecht fÃ¼r einschlÃ¤gig gehalten. Es handele sich vorliegend nicht um eine vermÃ¶gensrechtliche Streitigkeit im Sinne dieser Vorschrift, da alleine die Beendigung des Rechtsstreites Gegenstand des erstinstanzlichen Gerichtsbescheides gewesen sei. Anders als im Fall der UntÃ¤tigkeitsklage stÃ¼nden Verfahrensrechte im Streit, die eine Entscheidung Ã¼ber den eigentlichen Streitgegenstand erst erÃ¶ffneten. Da damit der Schutzbereich des Art 19 Abs 4 GG erÃ¶ffnet sei, sei eine Ausweitung des Anwendungsbereichs des Â§ 144 Abs 1 Satz 1 Nr 1 SGG Ã¼ber seinen Wortlaut hinaus auf FÃ¤lle der vorliegenden Art nicht gerechtfertigt. Die MÃ¶glichkeit einer Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Berufung vermÃ¶ge keinen ausreichenden Schutz zu gewÃ¤hrleisten. Die Geltendmachung eines Verfahrensmangels unterliege besonderen formellen Anforderungen. Zudem werde die unberechtigte Annahme einer KlagerÃ¼cknahmefiktion nicht von allen LSG als Verfahrensfehler angesehen.

7

Der KlÃ¤ger beantragt, das Urteil des Bayerischen Landessozialgerichts vom 9. Juli 2019 aufzuheben und die Sache zur anderweitigen Verhandlung und Entscheidung an das Landessozialgericht zurÃ¼ckzuverweisen.

8

Der Beklagte beantragt, die Revision zurÃ¼ckzuweisen.

9

Der Beklagte hÃ¤lt das Urteil des LSG fÃ¼r zutreffend.

II

10

Die zulÃ¤ssige Revision des KlÃ¤gers ist nicht begrÃ¼ndet (Â§ 170 Abs 1 Satz 1 SGG). Das LSG hat die Berufung des KlÃ¤gers gegen den Gerichtsbescheid des SG zu Recht als unzulÃ¤ssig verworfen. Die Berufung war unzulÃ¤ssig, weil sie der Zulassung bedurfte hÃ¤tte, sie aber nicht zugelassen worden war.

11

1. Der ZulÃ¤ssigkeit der Revision steht nicht entgegen, dass der KlÃ¤ger nur die

Aufhebung des Urteils des LSG und die ZurÃ¼ckverweisung des Rechtsstreites an dieses Gericht beantragt hat, also keinen Sachantrag gestellt hat. Zwar mag es zweifelhaft sein, ob ein RevisionsklÃ¤ger fÃ¼r einen Aufhebungs- und ZurÃ¼ckverweisungsantrag ein hinreichendes RechtsschutzbedÃ¼rfnis hat, wenn er einen Antrag stellen kann, der auf eine den Rechtsstreit abschlieÃ□ende Entscheidung des Revisionsgerichts gerichtet ist (BSG vom 4.4.2017 â□□ B 4 AS 2/16 R â□□ BSGE 123, 62 = SozR 4-1500 Â§ 102 Nr 3, RdNr 17; wohl generell fÃ¼r UnzulÃ¤ssigkeit eines bloÃ□en Aufhebungs- und ZurÃ¼ckverweisungsantrags Hauck in Hennig, SGG, Â§ 164 RdNr 92, MÃ¤rz 2019). In einem solchen Fall kÃ¶nnte der Rechtsstreit einfacher und prozessÃ¶konomischer zu einem Ende gefÃ¼hrt werden (vgl BSG vom 29.9.1994 â□□ 4 RA 52/93 â□□ SozR 3-1500 Â§ 164 Nr 6 S 10, juris RdNr 9 f). FÃ¼r diese Bedenken ist aber kein Raum, wenn ein Verfahrensmangel des Berufungsverfahrens gerÃ¼gt wird, der nur zur Folge haben kann, dass es zur Aufhebung und ZurÃ¼ckverweisung kommt, weil das Urteil des Berufungsgerichts kein geeigneter Gegenstand einer revisionsgerichtlichen Ã□berprÃ¼fung der Entscheidung Ã¼ber ein Leistungsbegehren ist (vgl BSG vom 4.4.2017 â□□ B 4 AS 2/16 R â□□ BSGE 123, 62 = SozR 4-1500 Â§ 102 Nr 3, RdNr 17). So liegt der Fall hier, weil das LSG die Berufung als unzulÃ¤ssig verworfen hat. Zwar kann das Revisionsgericht auch nach einem Prozessurteil eine Sachentscheidung treffen, wenn sich die Klage bzw Berufung auch materiell-rechtlich ohne Weiteres als unbegrÃ¼ndet erweist, weil dann eine ZurÃ¼ckverweisung Ã¼berflÃ¼ssig wÃ¤re (BSG vom 11.12.1963 â□□ 5 RKn 39/62 â□□ SozR Nr 30 zu Â§ 51 SGG, juris RdNr 19; Leitherer in Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 12. Aufl 2017, Â§ 170 RdNr 5). Anders verhÃ¤lt es sich aber regelmÃ¤Ã□ig, wenn die berufungszurÃ¼ckweisende Prozessentscheidung des LSG zu Unrecht erfolgt wÃ¤re und sich auch aus materiell-rechtlichen GrÃ¼nden nicht ohne Weiteres im Ergebnis als zutreffend erwiese. Denn im Falle einer Prozessentscheidung des Berufungsgerichts fehlt es regelmÃ¤Ã□ig an den fÃ¼r eine Sachentscheidung notwendigen Feststellungen (Leitherer in Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 12. Aufl 2017, Â§ 170 RdNr 7a). In dieser Konstellation kann dem KlÃ¤ger nicht entgegengehalten werden, dass er keinen Sachantrag gestellt hat (vgl BSG vom 4.4.2017 â□□ B 4 AS 2/16 R â□□ BSGE 123, 62 = SozR 4-1500 Â§ 102 Nr 3, RdNr 14). Ihm geht es nicht um eine Aufhebung und ZurÃ¼ckweisung â□□um ihrer selbst willenâ□□ (vgl BGH vom 31.5.1995 â□□ XII ZR 196/94 â□□ NJW-RR 1995, 1155 zur Berufung ohne Sachantrag), sondern um die Erlangung einer Sachentscheidung des Berufungsgerichts nach ZurÃ¼ckverweisung und letztlich die FortfÃ¼hrung des erstinstanzlichen Verfahrens.

12

2. Die Berufung des KlÃ¤gers bedurfte nach Â§ 144 Abs 1 Satz 1 Nr 1 SGG der Zulassung. Diese Norm greift auch dann ein, wenn (vorab) Ã¼ber die Erledigung des Rechtsstreites zu befinden ist. Die Voraussetzungen einer nach MaÃ□gabe des Â§ 144 Abs 1 Satz 1 Nr 1 SGG nicht zulassungsbedÃ¼rftigen Berufung liegen nicht vor.

13

a) GemÃ¤Ã Â§ 144 Abs 1 Satz 1 Nr 1 SGG bedarf die Berufung der Zulassung in dem Urteil des SG oder auf Beschwerde durch den Beschluss des LSG, wenn der Wert des Beschwerdegegenstandes bei einer Klage, die eine Geld-, Dienst- oder Sachleistung oder einen hierauf gerichteten Verwaltungsakt betrifft, 750 Euro nicht Ã¼bersteigt. Dies gilt nicht, wenn die Berufung wiederkehrende oder laufende Leistungen fÃ¼r mehr als ein Jahr betrifft (Â§ 144 Abs 1 Satz 2 SGG). Â§ 144 Abs 1 Satz 1 Nr 1 SGG gilt gemÃ¤Ã Â§ 105 Abs 1 Satz 3, Abs 2 SGG entsprechend, wenn das SG â wie hier â durch Gerichtsbescheid entschieden hat (Littmann in LÃ¼dtke/Berchtold, SGG, 5. Aufl 2017, Â§ 144 RdNr 3; Sommer in Roos/Wahrendorf, SGG, 2014, Â§ 144 RdNr 8; Wehrhahn in Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGG, 2017, Â§ 144 RdNr 4).

14

Die durch Â§ 144 Abs 1 Satz 1 Nr 1 SGG normierte ZulassungsbedÃ¼rftigkeit knÃ¼pft an das materielle Begehren des BerufungsklÃ¤gers an, also das ursprÃ¼ngliche Klageziel (BSG vom 10.10.2017 â B 12 KR 3/16 R â juris RdNr 12), soweit dieses im Berufungsverfahren noch verfolgt wird (vgl BSG vom 5.8.2015 â B 4 AS 17/15 B â juris RdNr 6 mwN); maÃgeblich ist der Zeitpunkt der Berufungseinlegung (BSG vom 8.10.1981 â 7 RAr 72/80 â SozR 1500 Â§ 144 Nr 18, juris RdNr 16 mwN; BSG vom 23.2.2011 â B 11 AL 15/10 R â SozR 4-3250 Â§ 51 Nr 2 RdNr 13). Unerheblich ist demgegenÃ¼ber, ob das SG eine Entscheidung in der Sache getroffen hat. So steht auÃer Zweifel, dass Â§ 144 Abs 1 SGG auch dann eingreift, wenn das SG eine Klage als unzulÃ¤ssig abgewiesen hat (BSG vom 10.10.2017 â B 12 KR 3/16 R â juris RdNr 12; so zu Â§Â§ 144 bis 149 SGG aF bereits BSG vom 17.3.1972 â 7 RAr 6/70 â SozR Nr 11 zu Â§ 147 SGG, juris RdNr 14; vgl auch BSG vom 9.4.2014 â B 14 AS 46/13 R â BSGE 115, 288 = SozR 4-1500 Â§ 87 Nr 2, RdNr 8 f). Die Regelungen Ã¼ber die Berufung in den Â§Â§ 143 ff SGG differenzieren nicht danach, ob das SG eine Prozessentscheidung oder eine Sachentscheidung getroffen hat. Sinn und Zweck des Â§ 144 Abs 1 SGG, den Rechtszug in Streitigkeiten, denen der Gesetzgeber geringere Bedeutung fÃ¼r die Beteiligten beigemessen hat, grundsÃ¤tzlich auf eine Instanz zu beschrÃ¤nken, gelten auch fÃ¼r FÃ¤lle, in denen eine Klage aus prozessualen GrÃ¼nden als unzulÃ¤ssig abgewiesen worden ist; die Bedeutung der Sache wird dadurch nicht erhÃ¶ht (so zu Â§Â§ 144 bis 149 SGG aF bereits BSG vom 17.3.1972 â 7 RAr 6/70 â SozR Nr 11 zu Â§ 147 SGG, juris RdNr 14). Dem Erfordernis, prozessuale Fehlentscheidungen korrigierbar zu machen, hat der Gesetzgeber durch Â§ 144 Abs 2 Nr 3, Â§ 145 SGG Rechnung getragen.

15

Ebenso ist in der Rechtsprechung des BSG anerkannt, dass Â§ 144 Abs 1 Satz 1 SGG auch dann einschlÃ¤gig ist, wenn Gegenstand des Berufungsverfahrens eine UntÃ¤tigkeitsklage (Â§ 88 SGG) ist (BSG vom 6.10.2011 â B 9 SB 45/11 B â SozR 4-1500 Â§ 144 Nr 7 RdNr 10 ff; BSG vom 10.10.2017 â B 12 KR 3/16 R â juris RdNr 13; ebenso Sommer in Roos/Wahrendorf, SGG, 2014, Â§ 144 RdNr 13; aA Knittel in Hennig, SGG, Â§ 144 RdNr 11a, Oktober 2017; aA wohl auch Leitherer in Meyer-Ladewig/Keller/Leitherer/Schmidt, SGG, 12. Aufl 2017, Â§ 144 RdNr 9b),

obwohl auch in diesem Fall nicht Ã¼ber das materielle Begehren, sondern nur Ã¼ber den Anspruch auf Bescheidung als solchen zu entscheiden ist (vgl dazu BSG vom 18.5.2011 â□□ B 3 P 5/10 R â□□ SozR 4-3300 Â§ 71 Nr 2 RdNr 23; BSG vom 16.10.2014 â□□ B 13 R 282/14 B â□□ juris RdNr 6 mwN; BSG vom 28.10.2015 â□□ B 6 KA 20/15 B â□□ juris RdNr 5).

16

Nicht anders verhÃ¤lt es sich, wenn â□□ wie hier â□□ im sog RÃ¼cknahme- oder Erledigungsstreit darÃ¼ber gestritten wird, ob das Verfahren bereits beendet ist (so ohne EinschrÃ¤nkung bereits BSG vom 10.10.2017 â□□ B 12 KR 3/16 R â□□ juris RdNr 12 im Fall der Erledigung durch Annahme eines Anerkenntnisses im Anschluss an Bienert, NZS 2017, 727, 729 mwN; siehe fÃ¼r die Erledigung durch KlagerÃ¼cknahmefiktion die Nachweise zum Streitstand bei Burkiczak in Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGG, 2017, Â§ 102 RdNr 99 bis 99.8).

17

Hat das SG den Beteiligten (ebenso wie im Fall der nicht bloÃ□ fingierten, sondern tatsÃ¤chlichen KlagerÃ¼cknahme) formlos (Umkehrschluss zu Â§ 102 Abs 3 Satz 1 SGG; vgl MÃ¼ller in Roos/ Wahrendorf, SGG, 2014, Â§ 102 RdNr 28; anders im Fall der BerufungsrÃ¼cknahmefiktion: Â§ 156 Abs 2 Satz 3 SGG) mitgeteilt, dass die Klage â□□erledigtâ□□ ist, zurÃ¼ckgenommen worden ist oder als zurÃ¼ckgenommen gilt, ist der KlÃ¤ger darauf verwiesen, einen Antrag auf Fortsetzung des Verfahrens zu stellen (vgl zu Â§ 92 Abs 2 Satz 1 VwGO BVerfG (Kammer) vom 13.7.1998 â□□ 1 BvR 666/98 â□□ juris RdNr 8; BVerfG (Kammer) vom 28.4.2003 â□□ 1 BvR 625/03 â□□ juris RdNr 3; BVerfG (Kammer) vom 17.9.2016 â□□ 1 BvR 661/13 â□□ juris RdNr 8; zur RÃ¼cknahmefiktion nach Â§ 81 Satz 1 AsylG etwa BVerfG (Kammer) vom 5.3.2019 â□□ 2 BvR 12/19 â□□ juris RdNr 16 ff). Eine Beschwerde gegen einen gemÃ¤Ã□ Â§ 102 Abs 3 Satz 1 SGG ohnehin nur auf Antrag zu erlassenden deklaratorischen Einstellungsbeschluss ist durch Â§ 102 Abs 3 Satz 2 SGG ausgeschlossen und daher kein Mittel, die Fortsetzung des Verfahrens zu erzwingen.

18

Stellt der KlÃ¤ger einen Antrag auf Fortsetzung des Verfahrens, fÃ¼hrt das SG das Verfahren entweder in der Sache fort oder stellt durch Urteil oder Gerichtsbescheid fest, dass das Verfahren erledigt ist (vgl BVerfG (Kammer) vom 13.7.1998 â□□ 1 BvR 666/98 â□□ juris RdNr 8; BVerwG vom 23.4.1985 â□□ 9 C 48/84 â□□ BVerwGE 71, 213, 215 = Buchholz 402.25 Â§ 33 AsylVfg Nr 3, juris RdNr 14). Gegen die feststellende Entscheidung des SG, dass die Berufung als zurÃ¼ckgenommen gilt, ist das Rechtsmittel statthaft, das auch gegen eine Entscheidung in der Sache selbst einzulegen wÃ¤re (vgl zu Â§ 33 AsylVfG BVerwG vom 23.8.1984 â□□ 9 CB 48/84 â□□ Buchholz 402.25 Â§ 33 AsylVfG Nr 2, juris RdNr 3).

19

Selbst wenn Gegenstand des Berufungsverfahrens dann nur die Frage ist, ob das Klageverfahren erledigt ist (so etwa Groth in Krasney/Udsching, Handbuch des sozialgerichtlichen Verfahrens, Kap VIII, 7. Aufl 2016, RdNr 8a; offengelassen von BSG vom 10.10.2017 â□□ B 12 KR 3/16 R â□□ juris RdNr 12; siehe zum Streitstand die Nachweise bei Burkiczak in Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGG, 2017, Â§ 102 RdNr 100 ff), unterliegt die Berufung der ZulassungsbedÃ¼rftigkeit nach MaÃ□gabe des Â§ 144 Abs 1 SGG. Denn nach den oben dargelegten MaÃ□stÃ¤ben kommt es nicht darauf an, ob lediglich eine prozessrechtliche Entscheidung getroffen oder ob in der Sache entschieden wurde.

20

FÃ¼r einen engeren Anwendungsbereich des Â§ 144 Abs 1 SGG bietet bereits dessen Wortlaut keinen Anhaltspunkt. Es ist auch kein tragfÃ¤higer Grund ersichtlich, warum etwa die Berufung gegen eine Klageabweisung als unzulÃ¤ssig aufgrund mangelnden RechtsschutzbedÃ¼rfnisses (zum RechtsschutzbedÃ¼rfnis als Sachurteilsvoraussetzung vgl BVerfG vom 5.12.2001 â□□ 2 BvR 527/99 â□□ BVerfGE 104, 220, 232, juris RdNr 34) den BeschrÃ¤nkungen des Â§ 144 Abs 1 SGG unterliegt, aber die Berufung gegen die erstinstanzliche Feststellung des Eintritts der KlagerÃ¼cknahmefiktion aufgrund fehlenden RechtsschutzbedÃ¼rfnisses oder Rechtsschutzinteresses, auf dem das Instrument der KlagerÃ¼cknahmefiktion beruht (BSG vom 4.4.2017 â□□ B 4 AS 2/16 R â□□ BSGE 123, 62 = SozR 4-1500 Â§ 102 Nr 3, RdNr 20; hierzu auch Burkiczak in Schlegel/Voelzke, jurisPK-SGG, 2017, Â§ 102 RdNr 54; zur BerufungsrÃ¼cknahmefiktion nach Â§ 156 Abs 2 SGG BSG vom 19.10.2016 â□□ B 14 AS 105/16 B â□□ SozR 4-1500 Â§ 156 Nr 1 RdNr 6), hiervon befreit sein sollte. Auch bei der Feststellung, dass der Rechtsstreit erledigt ist, handelt es sich um eine Prozessentscheidung (BSG vom 4.4.2017 â□□ B 4 AS 2/16 R â□□ BSGE 123, 62 = SozR 4-1500 Â§ 102 Nr 3, RdNr 14; ferner BSG vom 10.10.2017 â□□ B 12 KR 3/16 R â□□ juris RdNr 12 unter Hinweis auf BGH vom 15.1.1985 â□□ X ZR 16/83 â□□ juris RdNr 13). FÃ¼r die Beurteilung der ZulassungsbedÃ¼rftigkeit der Berufung in einem Wiederaufnahmeverfahren, in dem die Interessenlage derjenigen im RÃ¼cknahmestreit Ã¤hnlich ist, ist Â§ 144 Abs 1 SGG anzuwenden und auf den Streitwert des ursprÃ¼nglichen Klageverfahrens abzustellen (BSG vom 4.2.2019 â□□ B 8 SO 21/18 BH â□□ juris RdNr 8; zu Â§ 146 SGG aF vgl bereits BSG vom 13.4.1967 â□□ 5 RKn 171/64 â□□ SozR Nr 17 zu Â§ 146 SGG, juris RdNr 17).

21

Ein anderes VerstÃ¤ndnis wÃ¼rde im Ã□brigen auch dem Zweck des Â§ 144 Abs 1 SGG nicht gerecht. Der Gesetzgeber wollte hierdurch â□□ zuletzt durch die Anhebung der Streitwertgrenze in Â§ 144 Abs 1 Nr 1 SGG auf 750 Euro mit Wirkung zum 1.4.2008 (Gesetz zur Ã□nderung des Sozialgerichtsgesetzes und des Arbeitsgerichtsgesetzes vom 26.3.2008, BGBl I S 444) â□□ eine Entlastung der Berufungsgerichte erreichen (BegrÃ¼ndung des Gesetzentwurfes des Bundesrates fÃ¼r ein Gesetz zur Entlastung der Rechtspflege vom 27.9.1991, BT-Drucks 12/1217 S 51 f zu Nr 6; BegrÃ¼ndung des Gesetzentwurfes der Bundesregierung fÃ¼r ein Gesetz zur Ã□nderung des Sozialgerichtsgesetzes und des Arbeitsgerichtsgesetzes, BT-Drucks 16/7716 S 21 zu Nr 24 Buchst b). Diese

Zielrichtung wÃ¼rde konterkariert, wenn fÃ¼r Verfahren, in denen lediglich prozessuale Vorfragen zu klÃ¤ren sind, der Zugang zur Berufungsinstanz leichter mÃ¶glich wÃ¤re, als wenn es auf die materielle Rechtslage ankÃ¤me.

22

Dies gilt in der Konstellation, in der Ã¼ber den Eintritt einer KlagerÃ¼cknahmefiktion zu befinden ist, erst recht. Denn hier treffen zwei Regelungen, die die Entlastung der Gerichte der Sozialgerichtsbarkeit bezwecken sollen, aufeinander. Auch mit der EinfÃ¼hrung der KlagerÃ¼cknahmefiktion in das sozialgerichtliche Verfahren zum 1.4.2008 (Gesetz zur Ãnderung des Sozialgerichtsgesetzes und des Arbeitsgerichtsgesetzes vom 26.3.2008, BGBl I S 444) wollte der Gesetzgeber in AnknÃ¼pfung an entsprechende Regelungen aus dem Asylrecht (Â§ 81 AsylG, frÃ¼her AsylVfG) und dem verwaltungsgerichtlichen Verfahrensrecht (Â§ 92 Abs 2 VwGO) eine Entlastung der Sozialgerichtsbarkeit und eine Straffung des sozialgerichtlichen Verfahrens erreichen (BegrÃ¼ndung des Gesetzentwurfes der Bundesregierung auf BT-Drucks 16/7716 S 1, 14). Diese doppelte Entlastungsintention schlieÃt es aus, gerade in den FÃ¤llen des Â§ 102 Abs 2 SGG eine Ausnahme von Â§ 144 Abs 1 SGG zu machen.

23

Dies ist auch mit Verfassungsrecht vereinbar. Art 19 Abs 4 Satz 1 GG gewÃ¤hrleistet keinen Instanzenzug (zuletzt BVerfG vom 18.6.2019 â 1 BvR 587/17 â juris RdNr 27 â zur VerÃ¶ffentlichung in BVerfGE vorgesehen; siehe auch Ibler in Friauf/HÃ¶fling, Berliner Kommentar zum GG, Art 19 IV RdNr 191 mwN, Oktober 2002). Entsprechend ist der Gesetzgeber berechtigt, den Zugang zur Rechtsmittelinstanz an die ErfÃ¼llung bestimmter Voraussetzungen zu knÃ¼pfen (BVerfG vom 7.12.2010 â 1 BvR 2628/07 â BVerfGE 128, 90, 99 = SozR 4-1100 Art 14 Nr 23 RdNr 26). Vor diesem Hintergrund ist Â§ 144 Abs 1 SGG nicht zu beanstanden. Zwar darf dann, wenn der Gesetzgeber ein Rechtsmittel vorsieht, der Zugang zur nÃ¤chsten Instanz durch die Normanwendung durch die Gerichte nicht in unzumutbarer und durch SachgrÃ¼nde nicht mehr zu rechtfertigender Weise erschwert werden (zuletzt BVerfG vom 18.6.2019 â 1 BvR 587/17 â juris RdNr 27 â zur VerÃ¶ffentlichung in BVerfGE vorgesehen). HierfÃ¼r ist vorliegend aber nichts ersichtlich. Ein Konflikt mit Art 19 Abs 4 Satz 1 GG kann hier im Ãbrigen auch schon deswegen nicht eintreten, weil der von einer KlagerÃ¼cknahmefiktion betroffene KlÃ¤ger in jedem Fall Beschwerde gegen die Nichtzulassung der Berufung beim LSG erheben kann (Â§ 145 SGG). KÃ¤me das LSG zu dem Ergebnis, dass das SG zu Unrecht vom Eintritt der KlagerÃ¼cknahmefiktion ausgegangen wÃ¤re, lÃ¤ge regelmÃ¤Ãig ein Verfahrensfehler iS von Â§ 144 Abs 2 Nr 3 SGG vor, der zur Zulassung der Berufung fÃ¼hren mÃ¼sste (vgl Knittel in Hennig, SGG, Â§ 144 RdNr 11a, Oktober 2017).

24

b) Die Voraussetzungen einer nicht zulassungsbedÃ¼rftigen Berufung nach Â§ 144 Abs 1 SGG liegen nicht vor.

25

Die Klage betrifft einen auf eine Geldleistung gerichteten Verwaltungsakt, nÃ¤mlich den Bescheid des Beklagten vom 16.9.2016 in der Gestalt des Widerspruchsbescheides vom 5.12.2016, mit dem der Beklagte dem KlÃ¤ger Geldleistungen (vgl Â§ 11 Satz 1 SGB I, Â§ 4 Abs 1 Nr 2 SGB II) nach dem SGB II gewÃ¤hrt hat. Die Klage zielte auf die GewÃ¤hrung von weiteren Leistungen fÃ¼r KdU (zur ZulÃ¤ssigkeit der Begrenzung auf diesen Streitgegenstand vgl nur BSG vom 19.10.2016 â□□ B 14 AS 40/15 R â□□ SozR 4-1500 Â§ 75 Nr 24 RdNr 16 mwN) in HÃ¶he von 192,22 Euro und insofern auf eine Ã□nderung der genannten Bescheide. Damit bedurfte die Berufung gemÃ¤Ã□ Â§ 144 Abs 1 Satz 1 Nr 1 SGG der Zulassung. Da nur um Leistungen fÃ¼r sechs Monate gestritten wurde, greift auch Â§ 144 Abs 1 Satz 2 SGG nicht ein.

26

Die Berufung ist nicht zugelassen worden. Die nach alledem zulassungsbedÃ¼rftige Berufung haben weder das SG noch das LSG zugelassen. Dass das SG in seinem Gerichtsbescheid die Auffassung vertreten hat, die Berufung bedÃ¼rfe nicht der Zulassung, und den KlÃ¤ger daher Ã¼ber das Rechtsmittel der Berufung belehrt hat, ist nicht als gleichsam konkludente Zulassung der Berufung zu werten (vgl BSG vom 6.10.2011 â□□ B 9 SB 45/11 B â□□ SozR 4-1500 Â§ 144 Nr 7 RdNr 12; BSG vom 10.10.2017 â□□ B 12 KR 3/16 R â□□ juris RdNr 17). Im Gegenteil hat das SG durch seine AusfÃ¼hrungen gerade zum Ausdruck gebracht, dass es der Auffassung ist, dass die Berufung nicht zulassungsbedÃ¼rftig sei.

27

3. Die Kostenentscheidung beruht auf Â§ 193 Abs 1 Satz 1, Abs 4 SGG.

Â

Erstellt am: 14.01.2021

Zuletzt verändert am: 21.12.2024